

Verbindungsstrassen sind bald keine mehr

Der Regierungsrat entlässt 9395 Laufmeter Strassen aus der Liste der Verbindungsstrassen.

Erhard Gick

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz passt das Strassengesetz vom 15. September 1999 an. Es ist kein grosses Geschäft, aber es betrifft trotzdem einige Strassenabschnitte, alle im inneren Kantonsteil, die künftig eben keine Verbindungsstrassen mehr sein werden.

«Verbindungsstrassen sind Strassen mit wichtigen Verbindungsfunktionen zwischen Ortschaften. Träger der Verbindungsstrassen ist in der Regel der Bezirk oder die Gemeinde», erklärt Reto Merkli, Teamleiter Bewilligungen der Fachstelle Strassenmanagement des kantonalen Tiefbauamtes. Angepasst werde dabei der Artikel 6 des Strassengesetzes. Konkret werden insgesamt knapp 10 Kilometer als Verbindungsstrassen gestrichen.

Es sind dies 36 Laufmeter beim Hauptplatz Schwyz, von der Schmiedgasse bis zur Herrengasse; die Steinerstrasse vom Kreisel Feld, Seewen, bis zum Schutt, Goldau, (Hauptstrasse Nr. 371, 7420 Laufmeter); die Prugelstrasse, Hauptstrasse Nr. 387 von Hinterthal bis zur Einmündung Bisisthalerstrasse (Stützli), sowie die Morschacherstrasse von der Axenstrasse (Wolfssprung) bis zur Katastergrenze der Gemeindestras-

se Morschach auf einer Länge von 1715 Metern.

Die Entlassung als Verbindungsstrasse ermöglicht es den Strassenbesitzern auch, den Verkehr auf den entsprechenden Abschnitten zu beruhigen, etwa mit baulichen Massnahmen oder mit Temporeduktionen. Der Beschluss tritt ab 1. Januar 2024 in Kraft.

Der Regierungsrat bestimmt die Strassen

Gemäss Strassengesetz und Strassenverordnung bestimmt der Regierungsrat die Verbindungsstrassen aufgrund der Funktion, der Verkehrsbelastung und des Ausbaustandards. Er kann Strecken nur als Verbindungsstrassen anerkennen, wenn keine wiederkehrenden befristeten oder unbefristeten Fahrverbote für Motorfahrzeuge bestehen. Ist die direkte Verbindung zwischen zwei Ortschaften durch eine Hauptstrasse gewährleistet, kann keine weitere Strecke als Verbindungsstrasse bezeichnet werden. Die Verbindung zu Talstationen überregional bedeutender Tourismusgebiete kann als Verbindungsstrasse bestimmt werden. Aufgrund dieser Bestimmung im Strassengesetz hat er nun die oben erwähnten Strassen entlassen.

Sorge um die Gesundheitsversorgung des Kantons Schwyz

SP-Kantonsrat Antoine Chaix macht sich Sorgen über Bedarfsanalysen und die innerkantonale Koordination.

Nadine Annen

SP-Kantonsrat Antoine Chaix gelangte mit zwei Postulaten zur Gesundheitsversorgung im Kanton Schwyz an den Regierungsrat. Dieser empfiehlt dem Kantonsrat nun, beide Vorstösse für nicht erheblich zu erklären.

Im ersten Postulat bemängelt Chaix die Aktualität der Listen der zugelassenen Ärztinnen und Ärzte. Für Änderungen gilt eine Meldepflicht, somit ist die Aktualität von der Selbstdeklaration der Ärztinnen und Ärzte abhängig. Der Einsiedler Arzt und Kantonsrat führt dazu aus: «Gerade bei der sich derzeit abzeichnenden Unterversorgung in der Grundversorgung können nicht aktualisierte Listen mit zu hohen Zahlen irreführend sein und ein falsches Bild der Situation ergeben.» Das habe unmittelbare Konsequenzen beispielsweise auf die Organisation und Planung des ärztlichen Notfalldienstes.

Der Regierungsrat sieht aber keinen Handlungsbedarf und ist der Ansicht, dass «der Kanton die Erfüllung der Meldepflicht durch die Ärzte nicht grundsätzlich infrage stellen soll». Der Regierungsrat geht davon aus, «dass die Meldepflicht gut funktioniert und entsprechende Mutationen im Medizi-

nalberuferegister vorgenommen werden». Vom Führen kantonaler Listen, zusätzlich zu den öffentlich zugänglichen Registern, sei deshalb abzusehen.

Erarbeitung der neuen Spitalliste ist auf Kurs

Im zweiten Postulat schreibt Antoine Chaix: «Im Aufgaben- und Finanzplan 2023–2026 steht, dass ein Versorgungsbericht erstellt wird, welcher im Erlass einer neuen Spitalliste per 1. Juli 2024 mündet. Es erscheint mir der richtige Zeitpunkt, um nach dem Stand des Projekts zu fragen, um bei Bedarf notwendige Anpassungen vornehmen zu können.»

Hintergrund seines Vorstosses ist, dass die drei Spitäler im Kanton Schwyz unabhängig voneinander und vom Kanton ihre eigenen strategisch-operativen Wege gehen würden. Schnittstellen und Kooperationen seien gering und nicht koordiniert. Das führe zu Doppelspurigkeit und Konkurrenzsituationen.

Dass derzeit 40 Prozent der Patientinnen und Patienten ausserkantonale behandelt werden, wertet der SP-Kantonsrat zudem als Indiz dafür, dass die Regierung ihren Grundauftrag «eine bedarfsgerechte und qualitativ gute Ge-

sundheitsversorgung der Bevölkerung sicherzustellen» nicht erfülle. Der Kanton müsse die Bedürfnisse an stationären und spitalambulanten Eingriffen und Behandlungen optimal analysieren, um diese möglichst breit kantonsintern abdecken zu können.

Der Regierungsrat hält in seiner Antwort zunächst fest, dass der Kanton primär als Leistungseinkäufer aufträte, wobei alle drei Spitäler ein ähnliches, relativ umfassendes Grundversorgungsangebot anbieten würden.

Weil jedoch im Kanton keines der drei Spitäler die Grösse eines eigentlichen Zentrums erreiche, «wird ein Grossteil der Spezialversorgung mit Leistungsaufträgen an ausserkantonale Spitäler und Kliniken sichergestellt».

Die Bedarfsprognose im Rahmen des Projekts Spitalplanung 2024 sei umfassend erhoben worden. Derzeit laufe das Bewerbungsverfahren, wie der Regierungsrat weiter ausführt. Im Sommer 2024 soll die provisorische Spitalliste inklusive Spitalstrukturbericht zur Stellungnahme vorliegen. Im ersten Halbjahr 2025 soll schliesslich die neue Spitalliste durch den Regierungsrat erlassen und auf den 1. Juli 2025 in Kraft treten.

PUBLIREPORTAGE

Nähere Informationen zu Publi-reportagen erhalten Sie bei: Bote der Urschweiz AG • Werbung • 6431 Schwyz • Telefon 041 819 08 08

« Ohne 1848 hätten wir keinen Wohlstand!

Julia Cotti engagiert sich für die Politik, seit sie 16 Jahre alt ist – was kann denn bloss so interessant daran sein? Das verrät sie uns im Interview, wo sie sich auch für eine starke Frauenvertretung in Bern stark macht.



Julia Cotti ist Juristin aus Wangen und kandidiert auf der Liste 2 für den Nationalrat

Julia Cotti, während andere Jugendliche in die Badi gingen, verteilten Sie lieber Flyer für eine Abstimmung, warum?

Also, ich war schon auch in der Badi! (Lacht) Aber vielleicht habe ich vorher noch Flyer verteilt. Oder ich hatte Fussballtraining beim FC Lachen/Altendorf. Im Ernst: Wir haben in der Schweiz das Privileg, uns offen für unsere Anliegen engagieren zu können. Diese Diskussionstradition fasziniert mich schon sehr. Denn das Zusammenleben funktioniert in dieser Vielfalt trotz allem aber gut.

Wie meinen Sie das?

Ja, manchmal reibe ich mir schon ein wenig die Augen über die Positionen anderer Parteien. Aber dann denke ich wieder, dass man ja schon eine andere Meinung haben kann – auch wenn ich sie nicht immer nachvollziehen kann. (Lacht). Ich habe aber immer ein offenes Ohr und kann gut zuhören.

Sie organisierten in Lachen einen Anlass zu 175 Jahre Bundesverfassung – für viele ein ganz trockenes Thema.

Nein, überhaupt nicht! Wir verdanken der Bundesverfassung genau diese Möglichkeit, unsere Meinung frei äussern zu können. Das wird viel zu wenig gesagt! Hätten vor 175 Jahren nicht einige Menschen den Mut gehabt, den Bürgern gleiche Rechte zu ermöglichen, stünde unsere Schweiz nicht so gut da, hätten wir keinen Wohlstand!

Was hat denn die Bundesverfassung mit Wohlstand zu tun?

Bevor unsere liberale Bundesverfassung 1848 erarbeitet wurde, war alles komplett durchreguliert und zwar auf Kantonsebene. Und zu einem grossen Teil auch unter der Kontrolle der katholischen Kirche. Es gab Zölle unter den Kantonen, unterschiedliche Währungen, Mass- und Gewichtseinheiten. Dadurch war der Handel kompliziert und erschwert. Die Vereinheitlichung der Masse und die Abschaffung der Zölle brachte die wirtschaftliche Entwicklung erst so richtig in Schwung.

Ist also nicht Fleiss die Grundlage des Wohlstands?

Schon, aber was nützt die fleissigste Produktion eines Gegenstands, wenn er nur in einem kleinen Raum verkauft werden kann? Oder wenn der Transport in eine andere Region zu viel kostet? Die Schweiz ist ein Exportland, ohne Märkte ausserhalb der Schweiz, verdienen wir hier kein Geld und wir können keine Arbeitsplätze schaffen.

Sie engagieren sich seit Jahren bei den FDP Frauen – braucht es diesen Einsatz für die Frauen überhaupt noch?

Ja, den braucht es mehr denn je. Mit den Feierlichkeiten von 50 Jahre Frauenstimmrecht ist es überhaupt nicht getan. Es braucht noch viel, bis in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, was Frauen wirklich leisten.

Warum?

Wenn sich beispielsweise eine Frau mit Kindern politisch engagiert, wird das im Wahlkampf kritisiert.

Wenn ein Mann mit Kindern in die Politik einsteigt, ist das nie ein Thema. Solange das so ist, sind wir weit von Gleichstellung entfernt.

Und was tun Sie dafür, dass sich diese Situation ändert?

Im Kanton Schwyz versuche ich einerseits mit meinen Engagements bei den FDP Frauen und auch als Geschäftsleitungsmitglied der FDP-Kantonalpartei, diese Themen in die Diskussionen einzubringen und entsprechende Events mitzuorganisieren. Auch im neu gegründeten Forum Frauen & Politik von der Gleichstellungskommission bringe ich meine junge, aber auch liberale Sicht mit.

Die Sichtweise der jetzt im Parlament Sitzenden ist geprägt durch deren Eltern und Grosseltern, die noch klar patriarchalische Strukturen lebten. Meine Eltern lebten auch das klassische Familienmodell. Ich habe dies sehr geschätzt, werde dies aber wohl selber kaum so leben.

Stört es Sie nicht, dass Sie ihr Loblied auf die Verfassung auf eine Reihe von Männern singen müssen?

(Schmunzelt) Nein, überhaupt nicht. Das war halt einfach so, dass über Jahrhunderte nur die Männer mit Stimm- und Wahlrecht ausgestattet waren. Wichtig ist, dass es liberale Männer gab, die eine freiheitliche Vision hatten, aus der sich die Gleichberechtigung entwickeln konnte. Und dass sich das seither massiv verändert hat. Die nächsten 175 Jahre gehören uns Frauen!

www.juliacotti.ch